1515 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXVII. GP

Bericht

des Ausschusses für Familie und Jugend

über den Antrag 692/A(E) der Abgeordneten Julia Elisabeth Herr, Kolleginnen und Kollegen betreffend langfristige Bereitstellung finanzieller Mittel für Ferienbetreuung zur Entlastung von Familien

Die Abgeordneten Julia Elisabeth **Herr**, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 17. Juni 2020 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Die fehlende Betreuung von schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen in den Sommerferien stellt viele Familien, vor allem jene, in denen beide Eltern berufstätig sind, vor eine große organisatorische und finanzielle Herausforderung. Der gesetzliche Urlaubsanspruch und die Länge der Sommerferien decken sich nicht annähernd und vielerorts fehlt es an qualitativer und leistbarer Betreuung in den Sommerferien. Um Familien in dieser Zeit zu unterstützen, wird beispielsweise von Wien eine Ferienbetreuung unter dem Namen „Summer City Camps“ für alle PflichtschülerInnen angeboten. Diese bietet in den Sommermonaten ein ganztägiges, kostengünstiges, qualitatives und abwechslungsreiches Programm an. Darüber hinaus wird bei dieser Ferienbetreuung ein Schwerpunkt auf Lernförderung gelegt – ein Punkt, der gerade in der Corona-Krise für viele Familien sehr wichtig ist. Gerade Kinder von Familien, die sich die oft sehr teure Nachhilfe nicht leisten können, profitieren dadurch enorm. Durch das verkürzte Semester gibt es bei vielen Kindern vermehrt Nachholbedarf, der durch diese Förderangebote gedeckt werden kann. Eine weitere wichtige Initiative der Stadt Wien umfasst kostengünstige Urlaube für Kinder von Familien mit geringerem Einkommen. Die 8 oder 15 Tage umfassenden Urlaubsangebote im Sommer bieten Kindern die Möglichkeit für einige Zeit dem Stadtleben zu entfliehen und in den Genuss von „echtem“ Urlaub zu kommen.

Um österreichweit Familien im Bereich der Ferienbetreuung zu unterstützen, wären diese Angebote in ganz Österreich wünschenswert. Es fehlen dafür aber oft die finanziellen Mittel der Länder und Gemeinden, dies anzubieten.“

Der Ausschuss für Familie und Jugend hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 18. März 2021 erstmals in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter Abgeordneten Maximilian **Köllner**, MA die Abgeordneten Maria **Großbauer**, Mag. Yannick **Shetty,** Barbara **Neßler** und der Ausschussobmann Abgeordneter Norbert **Sieber**. Anschließend wurden die Verhandlungen vertagt.

Die Verhandlungen wurden am 02. Juni 2021 wieder aufgenommen, und es meldeten sich die Abgeordneten Julia Elisabeth **Herr**, Fiona **Fiedler**, BEd, Maria **Großbauer** und Barbara **Neßler** zu Wort. Im Anschluss wurden die Verhandlungen vertagt.

Der Ausschuss für Familie und Jugend hat den gegenständlichen Entschließungsantrag abermals in seiner Sitzung am 08. Juni 2022 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Mag. Elisabeth **Scheucher-Pichler**, Fiona **Fiedler**, BEd und Julia Elisabeth **Herr**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag der Abgeordneten Julia Elisabeth **Herr**, Kolleginnen und Kollegen nicht die Zustimmung der Ausschussmehrheit (**für den Antrag:** S, N, **dagegen:** V, F, G).

Zur Berichterstatterin für den Nationalrat wurde Abgeordnete Mag. Elisabeth **Scheucher-Pichler** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuss für Familie und Jugend somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2022 06 08

Mag. Elisabeth Scheucher-Pichler	**Norbert Sieber**
Berichterstatterin	Obmann

REPUBLIK ÖSTERREICH Parlamentsdirektion SIEGEL	**Unterzeichner**	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2022-06-09T11:44:55+02:00
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel
Hinweis	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt.	